



Interviews

13. August 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit Joachim Rock

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Joachim Rock. Er ist seit Beginn dieses Monats Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. – Guten Morgen!

Joachim Rock: Schönen guten Morgen!

Küpper: Herr Rock, wie stark hat Sie der Vorstoß der FDP überrascht?

Rock: Er hat nicht unbedingt überrascht, aber er geht in der Sache völlig fehl. Man kann das Bürgergeld jetzt nicht kürzen. Dass die Inflation nicht mehr so schnell steigt wie früher, heißt ja nicht, dass die Preise nicht steigen. Die Preise steigen und entsprechend ist für Bürgergeldkürzungen auch kein Platz.

Küpper: Aber es stimmt schon, dass diese Inflationserwartungen nicht so stark gestiegen sind. Oder sagen Sie, das Argument ist schlichtweg falsch? Das sind ja Zahlen!

Rock: In der Vergangenheit war es ein großes Problem, dass die Preise sehr viel schneller gestiegen sind als das Bürgergeld. Das hat zu gewissen Nachholeffekten geführt und die hat der Bundestag am 10. November 2022 mit einer übergroßen Mehrheit beschlossen. Dieses Anpassungsverfahren, von dem die Rede ist, das ist bei 683 abgegebenen Stimmen mit 681 Jastimmen beschlossen worden. Das ist eine breite Mehrheit und da braucht man jetzt Verlässlichkeit in der Debatte. Wenn man jetzt kürzen würde, dann wäre man gefordert, 2025 sehr schnell wieder anzupassen. Bei einem langen Gesetzgebungsverfahren würde das quasi in eins fallen. Das macht keinen Sinn.

Küpper: Welche Motive vermuten Sie denn hinter diesem FDP-Vorstoß, wenn Sie sagen, er hat Sie nicht überrascht?

Rock: Die Bundesregierung ist immer noch nicht in der Lage, einen festgestellten Haushaltsentwurf gegenfinanziert zu präsentieren. Die FDP versucht, in dieser Situation jede Belastung von besonders einkommensstarken Menschen zu vermeiden, und schaut jetzt, dass sie bei den Armen kürzen kann. Das ist aus unserer Sicht moralisch-inhaltlich falsch. Und es kommt hinzu, dass abgelenkt werden soll von den Kürzungen, die bei den Maßnahmen für die Beschäftigungsförderung und für Bildung stattfinden. Da wird im nächsten Jahr viel weniger Geld zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass Menschen nicht mehr so leicht in Beschäftigung vermittelt werden können, dass es da erhebliche Einsparungen gibt, und diese Debatte soll auch von den Kürzungen an dieser Stelle ablenken.

Küpper: Es sollen Haushaltslöcher gestopft werden?

Rock: Es sollen Haushaltslöcher gestopft werden zu Lasten der Ärmsten.

Küpper: Wenn man Bijan Djir-Sarai hört, den FDP-Generalsekretär, dann sagt der allerdings eher, es geht da um etwas eher Grundsätzlicheres, dass sich der Unterschied zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit stärker lohnen muss.

Rock: Das geht an der Sache vorbei, denn Arbeit lohnt sich heute schon in jedem Fall. Wir haben große Freibeträge im Bürgergeld und wir haben durch das zusätzliche Wohngeld die Mechanismen eingezogen, dass Arbeit sich immer lohnt. Und das sieht man auch daran, dass wir jetzt einen Höchststand an Erwerbstätigkeit in Deutschland haben, quasi seit das Bürgergeld eingeführt wurde. Das ist ein sehr starkes Signal. Das Bürgergeld treibt die Menschen nicht aus dem Arbeitsmarkt, sondern es bietet auch die Anreizstruktur, um sich weiter zu qualifizieren, um in Beschäftigung zu kommen, und dafür verdienen die Menschen auch weiter die Unterstützung.

Küpper: Liegt diese Vollbeschäftigung nicht eher an einer Art Fachkräftemangel und an einem demographischen Wandel?

Rock: Der demographische Wandel spielt eine große Rolle. Der bietet aber auch noch große Potenziale, wenn man Menschen, die bisher trotzdem noch nicht arbeiten, weil sie beispielsweise in der Erziehung oder in der Pflege von Angehörigen gebunden sind, weil nicht genügend Angebote dastehen, wenn man diese Menschen auch noch zusätzlich in den Arbeitsmarkt und in Beschäftigung bringen könnte, wäre uns auch bei der Bewältigung des demographischen Wandels sehr geholfen.

Küpper: Herr Rock, Sie sagen, Arbeit lohnt sich immer, trotz eines nun höheren Bürgergeldes. Aber wenn man sich jetzt umhört, auch bei den Wahlkämpfern im Osten, auch gerade bei der SPD, dann trifft die FDP mit dieser Forderung eigentlich genau den Nerv. Da halten viele die Bürgergeldreform für zu große Teile, für eine massive Ungerechtigkeit. Wie erklären Sie sich das, dass dies so einschlägt?

Rock: Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass es schwierig kommuniziert wird. Eine Bürgergeldhöhung, die zwar nur nachholende Effekte dann einberechnet, ist in dieser Zeit schwerer zu vermitteln. Es wäre immer besser gewesen, wenn die Regelsätze von Anfang an sehr viel schneller mit den Belastungen mitgegangen wären. Dann hätte man auch nicht dieses Kommunikationsproblem, was jetzt aber auch politisch sehr stark zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert wird, und auch diese Debatte geht an vielen Stellen zu Lasten gerade der berechtigten Menschen im Bürgergeld.

Küpper: Wer hat da falsch kommuniziert?

Rock: Politik muss stärker erklären, wie diese Regelsätze zustande kommen. Das ist ein komplizierter Mechanismus, der dahinter steht. Das hat aber auch seine Gründe, weil das Bundesverfassungsgericht sehr stark darauf achtet, dass die Regelsätze stabil bleiben. Wir müssen sehen: Die Regelsätze sind keine Almosen. Das ist ein Rechtsanspruch, der unmittelbar aus den Grundrechten abgeleitet wird, und Politik täte gut daran, das auch so zu behandeln, weil die Spielräume für Kürzungen sind auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts da nicht mehr gegeben.

Küpper: Ist das wirklich nur die Politik, die da falsch kommuniziert hat, oder ist auch etwas mit dem Gerechtigkeitsempfinden hierzulande in der Bevölkerung nicht richtig?

Rock: Ich denke, man muss viel stärker deutlichmachen, dass niemand davon profitiert, wenn die Bürgergeldsätze sinken, sondern dass wir das Gerechtigkeitsempfinden und den Lohnabstand am besten dadurch herstellen, dass wir hohe Löhne für möglichst breite Bevölkerungsschichten garantieren. Das ist bei vielen Menschen gerade in einfachen Dienstleistungsjobs gar nicht der Fall. Der Mindestlohn hat große Fortschritte gebracht, aber da muss an vielen Stellen noch mehr passieren. Man kann den Lohnabstand nicht nach unten herstellen. Man muss dafür sorgen, dass viele Menschen gute und faire Löhne bekommen.

Küpper: Sie fordern sogar eine Erhöhung des Bürgergeldes von wie bisher 563 Euro auf eine Höhe von mindestens 813 Euro. Haben Sie sich mal vorgestellt, wie das möglich sein soll, angesichts dieses politischen Klimas, das wir gerade haben?

Rock: Das ist in hohem Maße finanzierbar und es kommt hinzu, dass das ungefähr die Summe ist, die man braucht, um tatsächlich aus der Armut herauszukommen. Denn das Bürgergeld, wie wir es haben, garantiert gerade nicht, dass Menschen nicht mehr in Armut leben. An vielen Stellen müssen Menschen unheimlich knapsen, müssen an Medikamenten sparen, müssen an der Grundversorgung sparen, und da sind diese 813 Euro Bürgergeld das, was man bräuchte. Das ist aus unserer Sicht ein Ziel, was man erreichen kann, und das führt auch zu mehr sozialer Gleichheit. Das führt zur Zufriedenheit und das führt auch dazu, dass die politische und soziale Situation gleichermaßen stabiler wird. Da müssen wir hin!

Küpper: Wir erleben eine Debatte, über die wir gerade reden, die, wie Sie finden, sehr einseitig ist. Nehmen Sie das auch selbstkritisch wahr, dass Sie als Paritätischer nicht stark genug in der Debatte waren?

Rock: Wir bemühen uns, mit unseren Mitteln sehr stark in die Debatte zu gehen. Wir versuchen, es vor allem aufzuklären. Diese komplizierten Mechanismen, die in einem vielschichtigen Sozialsystem da sind, die sind nicht immer einfach ersichtlich. Da gibt es eine Menge Konkurrenzen. Da gibt es kommunizierende Röhren zwischen einzelnen Leistungssystemen. Da versuchen wir, nach Kräften aufzuklären, und das werden wir intensiv weiter fortsetzen. Das braucht die Gesellschaft. Je mehr Leute daran mitwirken, auch in den Medien, desto besser.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.